

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 13 (1945-1946)

Artikel: England und Westeuropa
Autor: Grossmann, R.H.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759201>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ENGLAND UND WESTEUROPA

VON R. H. S. CROSSMAN, M. P.

Der Verfasser der nachfolgenden Betrachtung, R. H. S. Crossman, gehört zur jüngeren Generation der Labour-Abgeordneten im englischen Unterhaus. Er vertritt einen der beiden Wahlkreise von Coventry. Nach Abschluß seiner Studien am New College in Oxford wurde er Dozent der Oxford University Delegacy for Extra Mural Studies, und hielt Vorlesungen über den Parlamentarismus und das englische Regierungssystem. Während des Krieges war er im Stabe General Eisenhowers, beauftragt die Flugblätterpropaganda über Frankreich und Deutschland zu organisieren. Ueber England hinaus ist er bekannt und geschätzt durch seine publizistische Tätigkeit als Assistant Editor von «New Statesman and Nation» und als Mitherausgeber des «Political Quarterly».

Wir bringen den hier abgedruckten Aufsatz, der zuerst im «Political Quarterly» erschienen ist, unseren Lesern à titre documentaire zur Kenntnis. Er ist im gegenwärtigen Augenblick besonders dadurch interessant, daß er einen Teil der Einwände verständlich macht, die auch in England gegen die festumrissenen Pläne erhoben werden, die Churchill in seiner berühmten Rede in Fulton vor der Welt entwickelt hat.

Red.

1. Gleichgewichtspolitik

Es war eines der Mißgeschicke und Abenteuer der Arbeiterpartei, daß sie die Regierung übernahm in einem Augenblick, da eine völlige Neuorientierung der englischen auswärtigen Politik notwendig wurde. Der zweite Weltkrieg hat, indem er Deutschland ganz ausschaltete, das europäische Gleichgewichtssystem schließlich zerstört. Er hat Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika genötigt, aus ihrer Isolation (jedes aus seiner Art von kontinentaler Isolation) herauszutreten, und so ein neues, ein Weltgleichgewicht von Kräften herbeigeführt, deren Brennpunkte überhaupt nicht in Europa, sondern in Washington und Moskau liegen. Zudem hat die technische Entwicklung der Waffen des totalen Krieges eine Weltsituation geschaffen, in der nur Amerika oder Rußland einen Krieg mit einiger Hoffnung auf einen Sieg in Erwägung ziehen könnten.

Diese revolutionären Aenderungen machten im Sommer 1945 eine Revision sowohl der englischen Außenpolitik als auch der sozialistischen Betrachtungsweise nötig, auf die die Außenpolitik der Arbeiterpartei gegründet werden sollte. England kam aus dem zweiten Weltkrieg heraus wie Frankreich aus dem ersten: als Sieger, aber als ein

Sieger, der nicht imstande wäre, noch einen Krieg auszukämpfen. 1918 hatte Frankreich so viel an Kraft verloren, daß es schwächer war als das besiegte Deutschland. Frankreichs Versuch, die Rolle eines Siegers und einer Großmacht zu spielen und Europa gegen Deutschlands bedrohlichen Wiederaufstieg zu organisieren, mißglückte völlig, weil es dabei weder Englands noch Amerikas noch Rußlands Hilfe zu gewinnen vermochte. Auch war das englische Volk, das Deutschlands Versuch, Europa zu beherrschen, vereitelt hatte, nicht bereit, eine französische Hegemonie, sei es im Westen oder in Südosteuropa, zu unterstützen. Die Franzosen, von den sich zurückhaltenden drei Großmächten im Stich gelassen, versuchten zuerst auf eigene Faust, Deutschlands Wiederaufstieg zu verhindern. Dieser Versuch scheiterte um die Mitte der zwanziger Jahre; der Locarno-Pakt bedeutete das unverhüllte Eingeständnis, daß die britische Politik gesiegt hatte und daß das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Frankreich und Deutschland wieder hergestellt war — unter dem Deckmantel des Völkerbundes. Erst als Hitler es über allen Zweifel klar machte, daß er nicht allein den Wiederaufstieg Deutschlands, sondern die Vorherrschaft in Europa anstrebte, hörte Englands Befriedungspolitik auf. Aber da war es schon zu spät, Frankreich vor dem Zusammenbruch zu retten oder einen Weltkrieg zu verhindern.

Nun wurde eine Weltkoalition geschaffen, um Deutschlands neuerlichen Versuch zu vereiteln, Europa unter deutscher Herrschaft zu einigen. Der zweite Weltkrieg war der erste wirkliche Welt-Krieg. Er begann als ein europäischer Krieg; aber in seinem Verlauf entluden sich die geheimen Spannungen überall in der Welt, und der fernöstliche Krieg war nicht etwa ein Nebenergebnis des europäischen Konflikts, sondern ein Krieg von gleicher, wenn nicht größerer Bedeutung. So wurde zwischen 1939 und 1945 offenkundig, was seit langem in den internationalen Beziehungen verborgen geblieben war: Europa hatte aufgehört, das alleinige Zentrum der Macht der Erde zu sein. Europa war nicht mehr das einzige Konfliktszentrum noch waren die Konflikte allein solche zwischen europäischen Mächten. Die Ausschaltung Deutschlands als einer europäischen oder einer Weltmacht ließ Europa, zeitweilig wenigstens, aus einem Subjekt ein Objekt der Weltpolitik werden. Es gibt heute darum, genau genommen, kein europäisches Kräftegleichgewicht, denn es gibt keine Großmächte mehr in Europa. Statt dessen gibt es etwas ganz anderes: drei Großmächte, keine von ihnen europäisch im engeren Sinn des Wortes, ringen um eine Vormachtstellung in Europa.

Man kommt zu demselben Ergebnis auch auf einem anderen Wege. Bis 1914 waren es die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander, die das Weltgleichgewicht weitgehend bestimmten. Selbst

das zaristische Rußland war eine europäische Macht des Sinnes, daß sein asiatisches Gebiet nichts anderes als ein Kolonialbesitz war. Weltpolitik war, da die Neue Welt sich durch die Monroedoktrin isoliert hatte, ein Wettstreit zwischen den europäischen Imperialismen, für die alles außereuropäische Erdengebiet nichts als ein Feld für koloniale Ausbeutung darstellte. Mögliche Weltkonflikte strahlten von einem einzigen europäischen Brennpunkt aus. Die eigenartige Entwicklung der russischen und der amerikanischen Isolierungspolitik ließ diesen Zustand auch nach 1918 noch lange andauern, nachdem das wirkliche Weltgleichgewicht sich von Europa weg zu verschieben begonnen hatte. Der Völkerbund war vornehmlich eine europäische Organisation und unfähig, außereuropäische Streitfälle zu schlichten, wie der mandschurische «Zwischenfall» bewies. Erst der zweite Weltkrieg hat somit eine Neugruppierung, die seit langem im Gange war, vollendet. Paris und Berlin haben heute große europäische Bedeutung; aber Moskau und Washington sind jetzt die beiden Brennpunkte der Weltpolitik. Wenn Englands Politik eine Gleichgewichtspolitik bleiben soll, so darf es nicht ein europäisches, so muß es ein Weltgleichgewicht anstreben mit dem Ziel, die Vorherrschaft einer einzelnen Macht nicht in Europa, sondern in der Welt zu verhindern.

Die Lage ist noch mehr kompliziert worden durch die Atombombe oder eigentlich durch die Entwicklung der Technik, die in der Zerstörung von Hiroshima ihren dramatischen Höhepunkt erreichte. Durch diese Entwicklung erscheint die britische Gleichgewichtspolitik überholt, denn sie hat die Verteidigung der britischen Inseln in einem etwaigen dritten Weltkrieg ganz unmöglich gemacht. Wenn Amerika oder Rußland versuchen sollte, die Weltherrschaft an sich zu reißen, so könnten wir natürlich eine Weltallianz mit der anderen kontinentalen Macht und den kleineren Staaten schließen und auf diese Weise, unserer Tradition gemäß, den eventuellen Angreifer in Schach zu halten versuchen. Aber es wäre vergeblich, wenn Großbritannien eine solche Allianz führen wollte, wie es dies in der Vergangenheit im Kampfe gegen Napoleon, Wilhelm II. und Hitler getan hat. Denn wenn diese Allianz sich bewähren müßte in einem Kriege zur Verhinderung eines amerikanischen oder russischen Versuches, die Welt zu beherrschen, so würde dieser Krieg unweigerlich die verringerte Macht vernichten, die Großbritannien noch geblieben ist. In einem dritten Weltkrieg würden wir wahrscheinlich das Schicksal Frankreichs erleiden. Nachdem wir eine Allianz gegen den eventuellen Angreifer geführt hätten, würden wir dann am Vorabend des Krieges zaudern und entweder kapitulieren, bevor er noch ausgebrochen, oder in seinen frühen Stadien zusammenbrechen. Denn ein Atomkrieg ist nicht mehr eine Frage von physischer Tapferkeit oder von Organisationsfähig-

keit. Wie tapfer wir uns auch erweisen würden, der nächste Weltkrieg würde in seiner ersten Woche die Zerstörung der Hauptstadt unseres Commonwealth und der Häfen mit sich bringen, durch die wir unsere Nahrungsmittel erhalten.

2. Ein westlicher Block

Nur mit diesen Verhältnissen in der Weltpolitik vor Augen können wir die Beziehungen Großbritanniens zu Westeuropa mit einiger Objektivität untersuchen. Wenn zum Beispiel Mr. Bevin seine Europapolitik darauf aufbauen wollte, als gälte es, die Beherrschung Europas durch Deutschland zu verhindern, und wenn er alle anderen Erwägungen einem solchen Hauptinteresse unterordnete, so würde er die neue Sachlage völlig falsch beurteilen. Die Frage, ob Deutschland je als militärische Macht wiedererstehen und noch einmal Europa zu beherrschen versuchen kann, ist heute eine Frage zweiten Ranges, so wie es etwa die Stärke Italiens im Mittelmeer während der faschistischen Ära war. Denn was immer geschehe, Deutschland kann nie wieder allein oder indem es sich nur auf europäische Hilfe stützte, den Frieden der Welt gefährden. Es tat dies nur 1939, weil Hitler einen schweren Rechenfehler beging. Indem er, ein Opfer nach dem andern herausgreifend, seine Angriffspolitik örtlich begrenzte und nur mit einem europäischen Blitzkrieg rechnete, hoffte er ein *fait accompli* zu schaffen, bevor Rußland oder Amerika so weit waren, ihm Widerstand leisten zu können. Wie sehr er sich verrechnet hatte, beweist die Tatsache, daß er im Jahre 1940, nach dem Fall Frankreichs, nicht vorbereitet genug war, um die Invasion Englands zu wagen und so den Krieg im Westen zu beenden. Aber wenn ihm das nicht gelang, war seine Niederlage unvermeidlich. Tatsächlich, gemessen mit den objektiven Maßstäben der Weltpolitik, war die Niederlage Deutschlands gewiß, noch bevor es den Krieg begann.

Aber wenn dies für 1939 gilt, so gilt es heute in einem noch höheren Grade. Von jetzt an kann ein europäischer Staat, auch Deutschland, nur dann hoffen, einen Angriffskrieg gegen Großbritannien zu führen, wenn er entweder Rußland oder Amerika überredet, ihn als einen zweitrangigen Alliierten anzusehen. Das bedeutet, daß Deutschland in Zukunft zwar die Veranlassung zu einem Kriege zwischen den Großmächten, aber nie wieder selbst der Urheber eines Krieges sein kann. Die Lösung der deutschen Frage ist wichtig — nicht, weil das Wiederaufleben des deutschen Militarismus an sich den Weltfrieden gefährden kann, sondern weil die drei Großmächte immer noch glauben, daß er das könnte.

Die in der Potsdamer Konferenz festgelegte Machtpolitik ist unrichtig, nicht weil sie Machtpolitik ist, sondern weil sie auf einer falschen Einschätzung der Macht Deutschlands beruht. Seit dem Zusammenbruch Deutschlands zielt die Politik Englands, Rußlands und Amerikas vornehmlich darauf ab, die Gefahr eines deutschen Angriffs auszuschalten — zu einer Zeit, da diese Gefahr aufgehört hat, Weltbedeutung zu haben. In der Debatte über die englische Außenpolitik sagte Mr. Eden am 22. November: «Gegen wen sind alle diese russischen Uebereinkommen gerichtet? Ich weiß die Antwort, die Russen haben sie oft genug gegeben. Diese Uebereinkommen richten sich gegen eine mögliche Wiederkehr der Absichten Deutschlands, Europa zu beherrschen. Die Russen sind durchaus noch nicht davon überzeugt, wie manche Leute hier bei uns, daß der nationalsozialistische Geist völlig tot ist. Alle Uebereinkommen, die wir etwa in Westeuropa treffen mögen, haben genau den selben Zweck. Sie werden die Uebereinkommen ergänzen, die die Russen im Osten treffen mögen, und alle Uebereinkommen zwischen uns und unseren Nachbarn in Westeuropa sind ebensowenig gegen Rußland gerichtet, wie es die Uebereinkommen Rußlands mit seinen Nachbarn gegen uns sind. Es ist wünschenswert, daß dies klar ausgesprochen werde, denn ich bin überzeugt, daß es die reine Wahrheit ist. Wir wissen, daß die russischen Uebereinkommen nicht gegen uns gerichtet sind, und wir können sicherlich von den Russen verlangen, uns zu glauben, daß unsere Uebereinkommen nicht gegen sie gerichtet sind.» Diese Einstellung ist ein bloßes Ueberbleibsel von gestern, ein erschreckendes Beispiel dafür, wie Völker von ihrer eigenen Propaganda getäuscht werden können. Wenn nicht und solange nicht Sowjetrußland die Vereinigten Staaten von Amerika bedroht, oder umgekehrt, und einer dieser beiden Staaten in die Wiederaufrüstung Deutschlands willigt, um den andern zu beunruhigen, so lange hat der deutsche Militarismus nicht die geringste Möglichkeit, in großem Maßstabe wieder aufzuleben. So ist die deutsche Frage vornehmlich eine Frage des Vertrauens. Die Russen fürchten, daß Deutschlands wissenschaftliche Tüchtigkeit wie seine industrielle und militärische Organisation eines Tages in einem neuen antibolschewistischen Kreuzzug mobilisiert werden könnten, und diese Furcht beherrscht ihre Politik gegen Deutschland. Es gibt Leute in Großbritannien, die unsere Politik auf die ähnliche Annahme gründen möchten, daß die Russen eines Tages Deutschland in einem Kriege gegen uns mobilisieren könnten.

Es gibt gewisse vernünftige Gründe für eine russische Politik, die aus solchem Mangel an Vertrauen entspringt. Strategisch ist es für Rußland nicht undenkbar, einen Weltkrieg gegen den amerikanischen Imperialismus zu führen, wobei China und Europa die Schlachtfelder

außerhalb der Sowjetunion wären. Eine entsprechende amerikanische Politik mag gleichermaßen verwerflich sein, aber militärisch wenigstens ist sie nicht dumm. Im Zeitalter der Atombomben ist der Atlantische Ozean für die Vereinigten Staaten, was der Aermelkanal für uns noch 1940 war. Angenommen also, die Befürchtungen Amerikas wären gerechtfertigt, so hätte eine Politik, die Westeuropa, England und Deutschland eingeschlossen, zu einer vorgeschobenen amerikanischen Basis zu machen sich bestrebt, einen gewissen strategischen Sinn.

Das einzige Land, für das eine solche gegen Deutschland gerichtete Politik keinen Sinn hat, ist Großbritannien — es wäre denn, daß wir die Hauptstadt des Empire nach Kanada oder Südafrika zu verlegen und drei Viertel unserer Bevölkerung über die überseeischen Dominions und Kolonien zu verteilen bereit wären. Aber man braucht diese Dinge nur beim Namen zu nennen, um zu begreifen, wie unsinnig eine solche Politik wäre. Westlicher Block oder nicht — Großbritannien ist wehrlos in einem Atomkrieg zwischen Amerika und Rußland, der in Europa ausgefochten würde. Strategisch betrachtet, sind wir heute nichts als ein Teil des europäischen Niemandslandes, das zwischen zwei kontinentalen Weltmächten liegt, und darum physisch außerstande, in einer Atom-Welt eine erfolgreiche Gleichgewichtspolitik zu treiben, wie immer unser Verhältnis zu Westeuropa beschaffen sei.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich zwei Schlüsse. Erstens: Eine europäische Politik, deren Hauptziel es ist, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern, mißversteht völlig das gegenwärtige Kräftegleichgewicht in der Welt und wer der Angreifer in einem dritten Weltkrieg sein könnte. Es gibt nur zwei Mächte, welche eines Angriffskrieges physisch fähig sind, und Deutschland könnte äußerstenfalls nur einen gewissen Hilfwert haben in einem Krieg, den eine dieser Mächte begänne. Zweitens: Jede britische Politik, die Westeuropa militärisch zu organisieren sich bestrebt, um es gegen einen russischen Angriff zu verteidigen, ist vollkommen unsinnig wegen der Verwundbarkeit Großbritanniens selbst. Eine solche Politik könnte nur von einer britischen Regierung in Erwägung gezogen werden, die bereits ein zweitrangiger Alliierter Amerikas und bereit wäre, die britischen Interessen einer antirussischen Strategie Amerikas unterzuordnen.

Jede wahrhaft nationale auswärtige Politik Englands muß darum alle strategischen Erwägungen vermeiden, wenn sie die Neuordnung Europas erwägt, und diese Neuordnung ausschließlich auf den Bedürfnissen der betreffenden Völker aufzubauen suchen. Da die Verteidigung Großbritanniens im Falle eines amerikanisch-russischen

Krieges, der in Europa geführt würde, unmöglich wäre, muß unsere Politik ebensosehr einem Druck Amerikas wie einem Druck Rußlands widerstehen, die Europa gemäß strategischen Bedürfnissen neu zu ordnen sich bestreben. Wir sollten uns sowohl einem strategischen Block im Osten wie einem strategischen Block im Westen widersetzen und zusehen, wie wir Europa im Falle eines russisch-amerikanischen Konflikts überhaupt neutral halten können. Dies ist die streng militärische Begründung für eine auswärtige Politik Großbritanniens, die wirklich unabhängig ist von Amerika und Rußland und es ablehnt, sich an die Seite des einen gegen den andern zu stellen.

3. Vereinigte Staaten von Europa

Es ist leicht, an diesem Punkte unserer Ueberlegung sich auf die Folgerung zu stürzen, Großbritannien solle, da die Politik eines westlichen Blocks ein für uns tödlicher Fehler wäre, auf eine pan-europäische Ordnung oder gar auf eine föderalistische Union der Staaten Europas hinarbeiten. Aber einen westlichen Block ablehnen, heißt nicht notwendig die Vereinigten Staaten von Europa bejahen. Der westliche und der östliche Block sind rein strategische Konzeptionen, oder eigentlich Pläne zu einer politischen Neuordnung Europas, die auf der Annahme der Wahrscheinlichkeit eines dritten Weltkrieges beruhen. Wir haben bis jetzt nur betont, daß Großbritannien seine Außenpolitik nicht auf solchen strategischen Annahmen aufbauen und darum weder die Verwandlung Deutschlands in ein Agrarland noch die Bildung eines westlichen Blocks anstreben sollte. Aber daraus folgt keineswegs, daß wir eine Einigung Europas herbeizuführen uns bemühen sollten.

Viermal wurde eine Einigung Europas angestrebt, um eine nationale Hegemonie zu verschleiern. Napoleon wollte Europa einigen, um ein französisches Imperium zu errichten; ähnliches versuchte Wilhelm II. Nach 1918 machte Frankreich einen anderen Versuch, und zuletzt suchte Hitler seine Neue Europäische Ordnung zu errichten. Die treibenden Motive hinter diesen Versuchen waren jedesmal nationale Machterweiterung und nationale Selbstverteidigung, und jedesmal vereitelte Großbritannien den Versuch. Es kann somit nicht ohne weiteres angenommen werden, daß ein geeintes Europa glücklicher oder blühender wäre als eines, das anders organisiert wäre. Noch auch kann behauptet werden, daß alle Völker Europas mehr miteinander gemein haben als manche von ihnen mit Nachbarvölkern, die niemand in die Vereinigten Staaten von Europa mit einzubeziehen sich bemühen würde. Von einem rassischen und kulturellen Gesichts-

punkt aus sind zum Beispiel die slawischen Völker Mittel- und Südosteuropas mit Rußland viel mehr verwandt, als mit Spanien und Norwegen. Diese kulturelle Verwandtschaft wurde während des Krieges noch vertieft durch die Tatsache, daß diese Völker von Osten her befreit wurden, und zweitens dadurch, daß die gegen Westen schauenden Volksgruppen, die zwischen den beiden Kriegen jenen Teil Europas beherrschten, meist glühende Anhänger von Hitlers Neuer Europäischer Ordnung waren. Die Revolution, die die Befreiung jener Völker begleitete, brachte darum auch eine östliche Orientierung mit sich, und trotz des Rückschlages, den die Exzesse der Roten Armee verursachten, und ganz abgesehen von dem Druck der russischen Machtpolitik dort, wird Osteuropa sicherlich intime Beziehungen mit Sowjetrußland unterhalten, die durchaus unvereinbar sind mit der Idee der Vereinigten Staaten von Europa.

Wenn wir uns dem Westen zuwenden, so finden wir hier eine nicht unähnliche Situation. Belgien zum Beispiel ist England viel näher als Bulgarien. Und eine Einigung Europas, die diese beiden Kleinstaaten in eine einzige Föderation einbeziehen und gleichzeitig ihre Verbindung mit ihren außereuropäischen Nachbarn schwächen würde, erwiese weder ihnen noch Europa einen guten Dienst. Europa ist, trotz häufigen gegenteiligen Versicherungen, weder eine geographische noch eine kulturelle noch eine ökonomische noch eine strategische Einheit. Bis 1939 war es das Zentrum, von dem aus Konflikte sich über die ganze Erde verbreiteten. Jetzt hat es diese zentrale Bedeutung eingebüßt, aber der Konflikt ist ihm geblieben. Es könnte in der Tat nur durch Waffengewalt geeinigt werden, und jede Großmacht, die dies in Zukunft versuchen würde, stieße auf den Widerstand der anderen Großmächte. Die Vereinigten Staaten von Europa errichten wollen, heißt nur einen dritten Weltkrieg auf andere Weise heraufbeschwören, wer auch immer diesen Versuch unternähme.

Von einem rein britischen Gesichtspunkt aus betrachtet, sind die Vereinigten Staaten von Europa etwas, das den britischen Interessen immer feindlich gewesen. Gute Europäer haben uns in der Vergangenheit immer gescholten, weil wir Europa schief ansahen. *Ein* Auge war immer auf unser Empire gerichtet. In der Tat haben wir uns in Europa nur eingemischt, um seine Einigung zu verhindern, sei es durch Napoleon oder durch Hitler. Wenn Großbritannien je vor der unausweichlichen Wahl stünde, in die Vereinigten Staaten von Europa einzutreten oder draußen zu bleiben, müßte es immer den zweiten Fall wählen im Hinblick auf seine Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth, von seinen Interessen im Nahen Osten zu schweigen. In früheren Epochen konnten wir eine solche Wahl mit Gleichmut treffen, denn obwohl der Handel mit Europa wichtig für

uns war, hätten wir doch auch ohne Europa weiterleben können. Aber heute liegen die Dinge anders. Nach dem Verlust unserer überseeischen Kapitalanlagen und von der amerikanischen Konkurrenz auf Märkten bedroht, die früher uns allein gehörten, ist der Handel mit Europa lebenswichtig für uns geworden. Wenn wir durch irgendwelche pan-europäischen Pläne von Europa ausgeschlossen würden, so würden wir zwangsläufig der neunundvierzigste Staat der Vereinigten Staaten von Amerika werden, und die Vorbedingungen wären geschaffen für einen dritten Weltkrieg zwischen dem angelsächsischen und dem russischen Block.

Kurz, die Idee der Vereinigten Staaten von Europa gehört einem dahingeschwundenen Zeitalter an. Die einzigen Staaten, die heute wirklich europäisch sind des Sinnes, daß sie sowohl ostwärts wie westwärts schauen, sind Oesterreich, die Tschechoslowakei und, in einem geringeren Grade, Polen und Deutschland. Jeder andere Staat hat sich entweder östlich oder westlich orientiert. Wenn die Völker Europas sich selbst überlassen wären, wenn die Großmächte jede Einmischung in deren Verhältnisse unterließen, so würden sie sich natürlicherweise zu einer westlichen Gruppe zusammenschließen, die mit Großbritannien Verbindung suchte, und zu einer östlichen Gruppe, die sich an Rußland anlehnte. Die Großmächte täten gut daran, eine solche natürliche Gruppierung zur Grundlage des Friedensvertrages zu machen.

Die einzige Ausnahme von diesem Konzept bildet natürlich Deutschland. Deutschland wurde eine Großmacht und danach zu einer Gefahr für den Weltfrieden gerade darum, weil es groß genug war, den Osten gegen den Westen auszuspielen. Dem Westen gegenüber spielte es die Rolle eines Beschützers der christlichen Zivilisation erst gegen den zaristischen Despotismus und dann gegen den Bolschewismus. Dem Osten erzählte es oft eine ganz andere Geschichte. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Reichswehr, die sich zur Wehrmacht weiterentwickelte, großenteils in Rußland ausgebildet worden ist. Es ist Deutschlands Tragödie, daß es weder eine westliche noch eine östliche Macht ist und sich darum berufen fühlte, ein geeinigtes Europa unter seiner Vorherrschaft zu schaffen.

Bedeutet dies, daß Großbritannien auf eine Zertrümmerung Deutschlands in einen östlichen und einen westlichen Staat oder eine Anzahl von Staaten hinarbeiten sollte? Die Antwort darauf lautet: ja und nein. Machtvolle Gründe zwingen uns, zuzugeben, daß die Franzosen recht haben, wenn sie eine Grenze am Rhein verlangen, entsprechend der polnischen Grenze an der Neiße. Gleich machtvolle Gründe sprechen für die Ausarbeitung eines Plans, das Ruhrgebiet und die deutschen Nordseehäfen einer internationalen Kontrolle zu

unterstellen. Aber innerhalb dieser neuen Grenzen muß ein Deutschland erstehen, das weder westlich noch östlich orientiert ist und eben darum einer langjährigen Kontrolle durch die vier Mächte unterstellt bleiben muß. Diese Kontrolle wird überflüssig werden, sobald der Verdacht der Großmächte beschwichtigt und gegenseitiges Vertrauen wiederhergestellt ist. Denn wie wir vorhin sagten: Es ist nicht Deutschland selbst, das eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt, sondern die Furcht einer der drei Großmächte, daß die anderen Deutschland für ihre Zwecke benutzen könnten.

4. *Westliche Union*

Wenn wir das Konzept eines westlichen Blocks ebenso ablehnen wie das der Vereinigten Staaten von Europa, so bleibt uns nur das etwas unbestimmte, aber viel fruchtbarere Konzept einer westlichen Union. Wie Mr. Bevin unwiderleglich nachgewiesen hat, ist der Wiederaufbau Westeuropas eine lebenswichtige Frage für Großbritannien. Alte, kriegserprobte Freundschaft verbindet uns mit diesen Ländern, wir haben dort unsere Märkte, ohne die wir die wirtschaftlichen Leibeigenen der Vereinigten Staaten von Amerika werden würden. Aber was wichtiger ist als alles: wir und unsere Nachbarn in Westeuropa haben ein Interesse gemeinsam im Hinblick auf die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges. Wir, wie sie, wissen bereits, daß wir uns in einen Atomkrieg nicht hineinziehen lassen dürfen. Wir bilden, ob wir es bei diesem Namen nennen oder nicht, eine naturgegebene neutrale Union innerhalb der Nachkriegswelt, aneinander gebunden durch unsere Entschlossenheit, uns nicht in einen Kampf zwischen Amerika und Rußland um die Weltherrschaft verwickeln zu lassen, wenn es zu einem solchen Kampfe kommen sollte. Während die Staaten Osteuropas es weder verhindern können noch verhindern wollen, untergeordnete Partner der russischen auswärtigen Politik zu werden, können die Staaten Westeuropas es durchaus leicht ablehnen, sich an dem strategischen Verteidigungsplan Amerikas zu beteiligen. Das ist genau der Punkt, wo Großbritannien seine Rolle spielen kann. Denn es befindet sich in der einzigartigen Lage einer großen Weltmacht, die, solange sie weder offen noch geheim mit Amerika alliiert ist, keiner imperialistischen Absichten verdächtigt werden kann. Und es kann diese unerwünschte Allianz mit Amerika nur dann vermeiden, wenn es die Einigkeit mit Westeuropa festigt und eine große neutrale Union schafft, die sich aus seinen europäischen Nachbarn und seinen überseeischen Besitzungen zusammensetzt.

Eine solche Union kann glücklicherweise keine englische Hegemonie

über Westeuropa herbeiführen. Wenn wir zum Beispiel die Ruhrindustrie wieder aufleben und sich mit der belgischen und französischen Schwerindustrie vereinigen lassen, so schaffen wir damit eine Industriemacht, die gleich ist der unseren, wenn nicht größer. Die Tradition, die uns dazu geführt hat, eine echte Selbstverwaltung unserer Dominions zu fördern, eine Vereinigung freier und gleichberechtigter Staaten, unbeirrt von einer geschriebenen Verfassung, kommt uns jetzt sehr zustatten und gibt uns eine Richtschnur für unsere neuen Beziehungen zu Frankreich, Belgien, Holland und den andern Ländern an der atlantischen Küste. Jeder von uns braucht die anderen in gleichem Maße, wenn wir die Zukunft bestehen und unsere politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit behalten sollen zwischen den machtvoll sich ausdehnenden kontinentalen Mächten der Neuen Welt und Rußlands.

Aber man wird vielleicht fragen, was eigentlich der Unterschied sei zwischen einer westlichen Union und einem westlichen Block. Diese Frage kann genau beantwortet werden. Ein westlicher Block ist eine strategische Konzeption, deren Wert letzten Endes auf der bewaffneten Macht Amerikas beruht. Die westliche Union schließt von Haus aus die Teilnahme Amerikas aus, und wenn sie das Vertrauen sowohl Rußlands als auch Amerikas gewinnen will, müssen ihre Mitglieder von Anfang an es klar aussprechen, daß sie in einem eventuellen dritten Weltkrieg neutral bleiben werden, welchen Prestigeverlust dies für sie auch bedeuten möge.

Zweitens: Da die Mitglieder einer westlichen Union die Sinnlosigkeit ihrer Teilnahme an einem Weltkrieg einsehen, wird es ihr Hauptziel sein, den Lebensstandard innerhalb der Union durch wechselseitige Hilfe und durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gegenüber den Ländern außerhalb der Union zu heben. Nicht durch Worte, sondern durch Taten muß hier der Unterschied zwischen einer westlichen Union und einem westlichen Block bewiesen werden. Wenn England und Frankreich eine solche Union förderten, so wäre Rußlands erste Reaktion zweifellos eine feindliche; aber allmählich würde es die wahren Ziele der Union begreifen. Der Russe, mehr als jeder andere, beurteilt seine Mitmenschen nicht nach dem, was sie sagen, sondern nach dem, was sie tun. So beurteilt, würde eine westliche Union Rußland gerade darum annehmbar erscheinen, weil sie einen angelsächsischen Block unmöglich gemacht hat. Sie würde auch von Amerika anerkannt werden, selbst wenn sie ihm nicht annehmbar schiene, weil auf die Dauer nur eine solche Union den Ausfuhrmarkt darstellen kann, den der amerikanische Kapitalismus braucht.

Es wäre vergeblich, wenn man in einem knappen Ueberblick wie diesem genau die Gestalt zu umreißen versuchte, die eine solche Union

annehmen dürfte. Ob sie zu einer Organisation werden wird, formal ähnlich dem British Commonwealth, oder ob sie zunächst nur mit einer gemeinsamen Erklärung einiger weniger Staaten ins Leben tritt, das ist eine Frage, über die nur die Staatsmänner befinden können. Aber *eine* Anregung mag vielleicht erlaubt sein. Die westliche Union sollte von Anfang an jedem Staat in der Welt offenstehen. Viele Staaten, von Amerika und Rußland abgesehen, werden es ablehnen, ihr beizutreten. Es ist unwahrscheinlich, daß zum Beispiel Bulgarien, um nur einen engen Alliierten Rußlands zu erwähnen, oder andererseits China es empfehlenswert finden werden, sich daran zu beteiligen. Aber es ist unbedingt notwendig, daß eine solche Union, obwohl nur von den Völkern Westeuropas und des British Commonwealth und für sie geschaffen, allen Bewerbern offenstehe, und es ist gleich lebenswichtig, daß auf keinen Staat irgendein Druck ausgeübt werde, der Union beizutreten. Irland zum Beispiel dürfte es wohl vorziehen, die Vorteile einer solchen Union zu genießen, ohne die Verpflichtungen zu übernehmen, die sie auferlegt. Man sollte ihm erlauben, das zu tun. Aehnlich dürfte Italien oder Norwegen sich zunächst verhalten. Der Eintritt in die Union muß wirklich freiwillig erfolgen, doch klarerweise sollten faschistische Staaten, wie Spanien und Portugal so lange von ihr ausgeschlossen bleiben, bis sie demokratische Regierungen haben.

Wie wird wohl das Verhältnis einer solchen westlichen Union zu der bereits bestehenden Organisation der Vereinten Nationen sein? Die gegenwärtige Verfassung der Vereinten Nationen läßt örtliche Gruppenbildungen zu. Alles, was also geschehen könnte, wäre etwa, daß gewisse Völker Westeuropas bei gewissen Fragen wahrscheinlich einstimmig sich äußern würden und so dem kompakten Votum der Republiken der Neuen Welt ein Gegengewicht zu halten imstande wären. Von Intrigen kann auch hier keine Rede sein, sondern nur von einer gemeinsamen Politik einer Gruppe von Völkern, deren Interessen in vielen Hinsichten verschieden sind von denen der beiden großen kontinentalen Mächte. Mehr noch: Wie Mr. Bevin in seiner Rede über einen Weltstaat anzudeuten schien, werden wir sehr bald über UNO hinaus nach einer neuen Art von Weltorganisation ausschauen. Aber auch da braucht eine westliche Union kein Hindernis zu bedeuten. Im Gegenteil, wenn einige westeuropäische Staaten aus bestimmten Gründen beschließen, ihre Souveränität in einem föderalistischen System aufgehen zu lassen, sei es durch einen ausdrücklichen konstitutionellen Beschluß oder einfach durch die Wirklichkeit und Wirksamkeit ihrer Organisation, so würde eine solche Entwicklung eine Weltorganisation, wie Mr. Bevin sie erhofft, nicht verhindern, sondern erleichtern.

Tatsächlich kann man sich schwer der Vermutung entziehen, daß Mr. Bevin zunächst nur an eine begrenzte westliche Union dachte, wie wir sie weiter oben skizziert haben, als er sich bereit erklärte, mit den Staatsmännern eines jeden beliebigen Landes zusammenzukommen und die föderalistische Verfassung eines Weltstaates auszuarbeiten. Mr. Bevin steht mit seinen Füßen fest auf der Erde, auch wenn er Luftschlösser baut. Er kennt besser als jeder andere die wahrhaft erschreckenden politischen Differenzen, die Rußland und Amerika entzweien und jede dauerhafte Regelung der fernöstlichen Fragen vorläufig unmöglich machen. Er weiß, daß, von London, Washington oder Moskau aus gesehen, die Uneinigkeit der Großen Drei in Europa unerheblich ist, verglichen mit ihrer Uneinigkeit anderswo. Als er seine historische Erklärung über die britische Politik abgab, muß er wohl gewußt haben, daß die Möglichkeit, daß Rußland oder Amerika ihre Souveränitäten in einem Weltstaat aufgehen lassen, äußerst gering sind. Er hat es ja klar genug ausgesprochen, daß, vorläufig wenigstens, die Fragen der Weltpolitik durch UNO geregelt werden müßten, und er ist wohl der Meinung, daß es viele Jahre brauchen werde, bis die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland ihre wechselseitigen Verdächtigungen abbauen und ihre imperialistischen Aspirationen aufeinander abstimmen. Dies zugegeben, kann man nur schwer sich dem Gedanken entziehen, daß Mr. Bevin begierig ist, das Experiment einer föderalistischen Union in einem engen Rahmen zu erproben. Für einen solchen Versuch eignen sich die Länder Westeuropas, die britischen Dominions und überseeischen Kolonien eingeschlossen, geradezu ideal. Zum erstenmal in der Geschichte sind die Völker dieser Länder durch eine gemeinsame politische Philosophie vereinigt — die der sozialen Demokratie —, und diese gemeinsame Philosophie ist das einzige Fundament, auf dem eine solche föderalistische Union unabhängiger Staaten wirksam aufgebaut werden kann.

(Aus dem Englischen übersetzt von Dr. J. L.)